

Kopfpauschale: schwarz-gelbe Ungerechtigkeit

Das zentrale Wahlversprechen von Schwarz-Gelb ist schon mit der Unterzeichnung des Koalitionsvertrages durch Union und FDP geplatzt: Für die meisten Menschen gibt es keine Entlastung. So müssen Millionen von gesetzlich Versicherten 2010 Zusatzbeiträge an ihre Krankenkassen zahlen. Gesundheitsminister Rösler versucht die Schuld dafür der SPD und ihrer damaligen Gesundheitsministerin Ulla Schmidt in die Schuhe zu schieben. Ein durchsichtiges Manöver, um von der eigenen Unfähigkeit abzulenken. Denn wahr ist: Die einseitige Belastung der Versicherten durch die Zahlung von Zusatzbeiträgen hat die Union gegen unseren Widerstand in der Großen Koalition durchgedrückt. Und jetzt setzt Schwarz-Gelb allein auf dieses Instrument, anstatt Pharmakonzerne, Apotheker und Teile der Ärzteschaft in die Schranken zu weisen. Das ist Klientelpolitik und ein Vorgeschmack auf die große Kopfpauschale von Union und FDP.

Zusatzbeiträge als Vorgeschmack

In Zeiten einer beispiellosen Wirtschaftskrise lassen Union und FDP die Versicherten der Krankenkassen, also vor allem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Rentnerinnen und Rentner sowie Arbeitslose, im Regen stehen. Sie sollen mit den Zusatzbeiträgen, der sog. kleinen Kopfpauschale, für die Finanzierung unseres Gesundheitssystems gerade stehen. Gleichzeitig steigen wegen der Untätigkeit der Bundesregierung die Ausgaben für Arzneimittel (+ 5,2 Prozent), für Ärzte (+ 8,9 Prozent) und für Krankenhäuser (+ 6,4 Prozent).

Die Krankenkassen sind gemeinsam mit uns der Meinung, dass schnelle Ausgabenbegrenzungen nötig sind. Gesundheitsminister Rösler hat erst sehr spät und nur auf öffentlichen Druck hin mit der Pharmalobby verhandelt. Wir bewerten die Vorschläge des Ministers als einen faulen Kompromiss mit Pharmaindustrie und Apothekern zu Lasten der Versicherten und der Verbraucher. Dies zeigt klar, für wen diese Koalition Gesundheitspolitik macht. Gesundheitsminister Rösler füllt die Taschen der Lobbies. Und die Zeche zahlen die kleinen Leute. Dafür muss Schwarz-Gelb die Verantwortung übernehmen. Denn die Zusatzbeiträge, die viele Krankenkassen jetzt erheben, sind vermeidbar gewesen. Sie sind jedoch ein Testballon für die Kopfpauschale von Union und FDP.



Union hat Urheberrecht auf Zusatzbeiträge

Die gesetzliche Grundlage für die Erhebung von Zusatzbeiträgen ist mit der Gesundheitsreform der Großen Koalition 2007 geschaffen worden. Falsch ist jedoch, die Zusatzbeiträge Ulla Schmidt und der SPD zuzuordnen. Sie sind von der Union durchgesetzt worden. Da die Reform ein Kompromiss zwischen der Bürgerversicherung der SPD und der Kopfpauschale der Union war, musste die SPD dies schlucken.

Sonst hätten wir z. B. die Öffnung hochspezialisierter Krankenhausambulanzen für gesetzlich versicherte Schwere Kranke nicht durchsetzen können. CDU/CSU wollten, dass diese weiterhin nur privat Versicherten offen stehen. Obwohl wir die Zusatzbeiträge nicht stoppen konnten, haben wir zumindest Sicherungen eingezogen, um eine noch ungerechtere Belastung der Versicherten zu vermeiden. So dürfen die Zusatzbeiträge z. B. nicht mehr als ein Prozent des beitragspflichtigen Einkommens eines Mitglieds betragen.

SPD fordert: Zusatzbeiträge abschaffen

Wenn es nach uns geht, müssen die Zusatzbeiträge aus Gründen der sozialen Gerechtigkeit wieder abgeschafft werden. Dafür haben wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns bereits 2009 ausgesprochen. Und wir haben im März 2010 dazu einen Antrag ins Parlament eingebracht. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert darin, dass Beschäftigte und Arbeitgeber wieder zu gleichen Teilen und gemeinsam die Beiträge für die Krankenkassen aufbringen sollen.

Kopfpauschale belastet einseitig

Schwarz-Gelb macht Schluss mit der Solidarität in unserem Gesundheitssystem und hat nur ihre Klientel im Auge: Die Interessen der Pharmakonzerne, der privaten Versicherungswirtschaft, der Apotheker und auch von Teilen der Ärzteschaft wollen Union und FDP erfüllen. Damit zahlen sich deren Wahlkampfspenden jetzt aus.

Schwarz-gelbe Gesundheitspolitik verfolgt vor allem die Interessen der Arbeitgeber und der Besserverdiener. So sollen die Beiträge der Arbeitgeber eingefroren werden. Dann zahlen die Versicherten allein die Zeche für steigende Gesundheitskosten. Dazu kommt, dass alle Versicherten die gleiche Kopfpauschale unabhängig von ihrem Einkommen bezahlen sollen.

Kopfpauschale entlastet Arbeitgeber und Besserverdiener

Das heißt, mit der Kopfpauschale soll künftig ein Manager genau so viel an die Krankenkasse zahlen wie eine Sekretärin. Das ist ungerecht, denn es entlastet die, die mehr in der

Tasche haben. Die Besserverdiener sollen außerdem noch von Steuersenkungen profitieren. Dafür müssen die Geringverdiener tiefer in den Geldbeutel greifen. Viele von ihnen werden deshalb auf Unterstützung angewiesen sein. Studien gehen davon aus, dass der sogenannte Sozialausgleich bis zu 35 Milliarden Euro kosten wird, da etwa 40 Millionen Bürgerinnen und Bürger durch die Kopfpauschale finanziell überfordert sein werden. Das entspricht etwa 80 Prozent der Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung. Und wenn die Kopfpauschale steigt, dann steigt die Zahl derjenigen, die auf Unterstützung angewiesen sind weiter an. Außerdem wächst die Bürokratie mit Einführung der Kopfpauschale deutlich an und das während der Regierungszeit einer Koalition, die mantraartig das hohe Lied des Bürokratieabbaus singt.



Kopfpauschale ist nicht finanzierbar

Das Bundesfinanzministerium hat unter Minister Schäuble errechnet, dass zur Finanzierung der Kopfpauschale entweder die gesamte Einkommensteuer um drei bis fünf Prozent, oder der Spitzensteuersatz auf 73 Prozent oder aber die Mehrwertsteuer um 2,5 bis vier Prozent erhöht werden müssen. Übrigens hat Bundesgesundheitsminister Rösler zur Finanzierung der Kopfpauschale noch kein Konzept vorgelegt.

Drei-Klassen-Medizin à la Union und FDP

Wenn es nach Schwarz-Gelb geht, dann herrscht in Deutschland bald die Drei-Klassen-Medizin: Bezieher von kleineren und mittleren Einkommen erhalten nur die allernötigste Versorgung.



Die SPD-Bundestagsfraktion will für die Menschen auch in der Zukunft ein starkes solidarisches Gesundheitswesen. Wir treten deshalb für das Modell der solidarischen Bürgerversicherung ein, in der alle nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einzahlen und alle ein Recht auf die gleichen Leistungen haben. Das Lebensrisiko Krankheit lässt sich nur so sozial gerecht absichern, in dem Gesunde für Kranke und Starke für Schwache eintreten.

- Wir wollen eine echte Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln, damit auch nur die Therapien bezahlt werden, die wirklich wirken.
- Im Wartezimmer muss die Bevorzugung von Privatversicherten aufhören. Deshalb fordern wir eine Gleichbehandlung aller Patienten. Wir wollen auch in ländlichen Gebieten eine gute Versorgung durch neue Organisationsformen ermöglichen.
- Wir wollen ein modernes Patientenrechtegesetz, damit klar wird, wer im Gesundheitssystem im Mittelpunkt steht: die Patientinnen und Patienten. Sie sollen sich besser gegen unseriöse Behandlungsangebote und private Abzocke wehren können
- Wir wollen, dass alle, die im Gesundheitssystem arbeiten, gut für ihre gute Arbeit bezahlt werden – das gilt insbesondere auch für das Pflegepersonal.

Wer es sich leisten kann, private Zusatzversicherungen abzuschließen, wird medizinisch gut versorgt und für Reiche gibt es die Luxusklasse.

SPD: NEIN zur Kopfpauschale!

Mehrheit der Bevölkerung lehnt Kopfpauschale ab

Eine repräsentative Umfrage der Instituts TNS Infratest kam zu dem Ergebnis, dass drei Viertel der Befragten in Deutschland die Kopfpauschale von Union und FDP ablehnen und die Bürgerversicherung der SPD bevorzugen.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sagen Nein zur schwarz-gelben Kopfpauschale. Sie ist unsozial und nicht finanzierbar. Für uns steht das Prinzip, dass Gesunde für Kranke und Starke für Schwache eintreten, nach wie vor an erster Stelle einer solidarischen Absicherung des Lebensrisikos Krankheit.

Solidarische Bürgerversicherung bleibt unser Ziel

Mit einem Antrag, den wir in den Bundestag eingebracht haben, haben wir uns erneut für die solidarische Bürgerversicherung ausgesprochen. Nach unserem Modell sollen alle Bürgerinnen und Bürger anteilig nach ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit einzahlen und auch alle dieselben Leistungen in Anspruch nehmen können. Wir wollen damit Schluss machen, dass sich Wohlhabende aus der solidarischen Krankenversicherung verabschieden können. Deshalb sollen in die Bürgerversicherung alle einbezogen werden.

- Wir wollen das Gesundheitssystem wieder voll paritätisch finanzieren: Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen zu gleichen Teilen für die Gesundheit bezahlen. Damit haben Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber auch weiterhin ein Interesse an der Kostenentwicklung im Gesundheitssystem.
- Die Kassen sollen wieder die volle Autonomie über die Beiträge haben.

WWW.SPDFRAKTION.DE

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, PETRA ERNSTBERGER MdB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN, PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

REDAKTION: ANDREAS KNIESCHE, ANJA LINNEKUGEL

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
FOTOS: ©: KLAUS VYHNÁLEK (TITEL), BILDERBOX.COM (S. 3), BK - FOTOLIA.COM (S. 5), MLENNY PHOTOGRAPHY (S. 6/7) | ALEXANDER HAFEMANN

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIEN AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.

Schwarz-gelb riskiert unser solidarisches Gesundheitswesen

Wir sagen NEIN zur Kopfpauschale

DER VORSORGENDE SOZIALSTAAT



SPD
BUNDESTAGS
FRAKTION